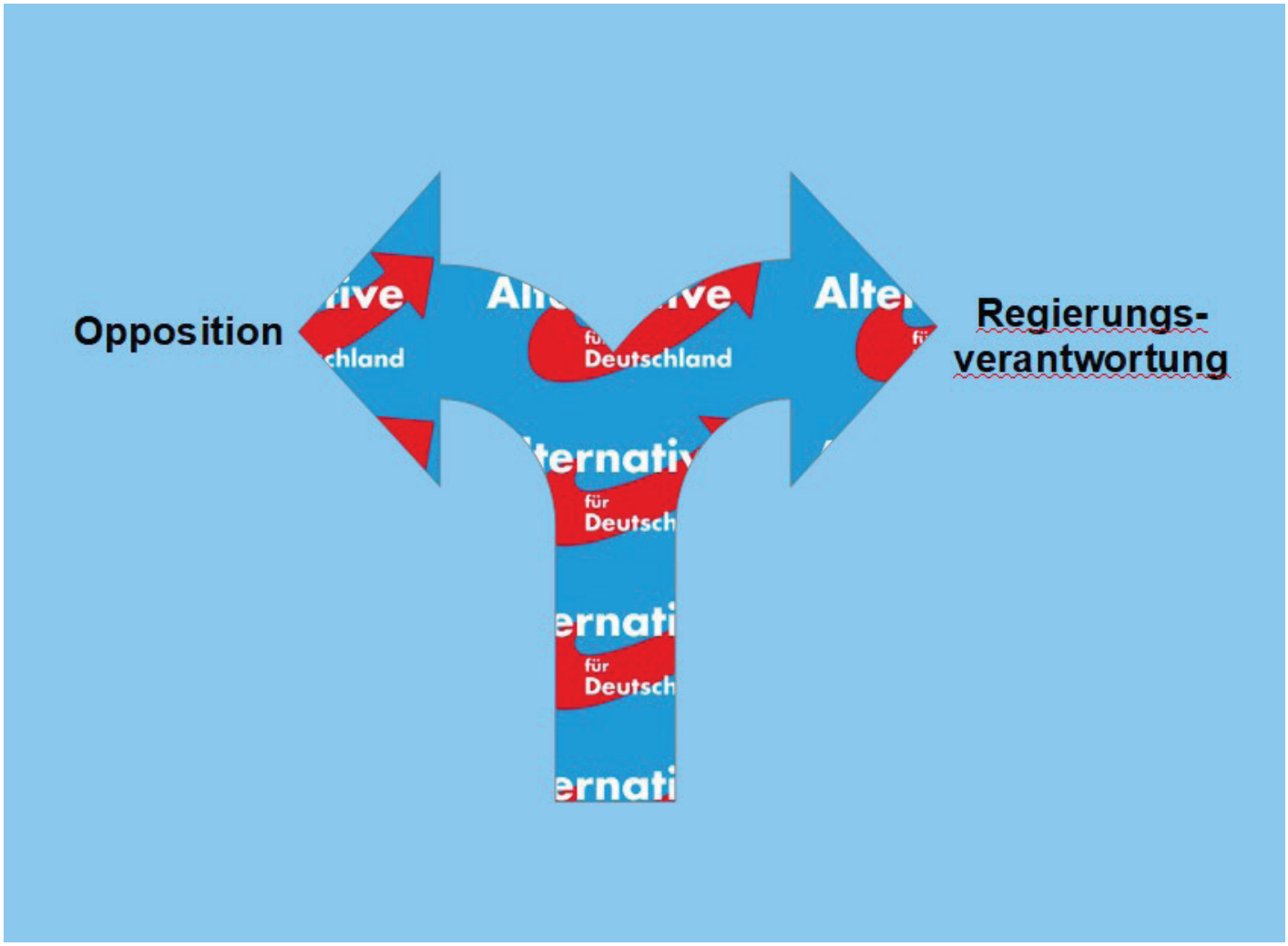
Kreis Kurier

Das Mitteilungsblatt des AfD-Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald
für Mitglieder, Förderer und Freunde

4. Ausgabe, April 2018



Quo vadis, AfD?
Wohin gehst Du, AfD?

Verehrte Mitglieder, Förderer und Freunde,

ich grüße Sie alle sehr herzlich im Namen des Vorstands des AfD-Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald. Nach der Mitgliederversammlung in Löffingen bereiten wir im Vorstand schon die nächste Mitgliederversammlung vor, da bei dieser turnusgemäß nach zwei Jahren auch die Neuwahlen des Vorstands stattfinden sollen.

Sie wurden im letzten Kreiskurier und auch in Löffingen über die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen, die Kommunalwahlen 2019, informiert. Hier lade ich Sie schon jetzt zur Mitarbeit und zur Mithilfe ein, am besten mit einer eigenen Kandidatur, damit wir eine Alternative in allen Kommunen aufstellen können.

Wie ich in der letzten Ausgabe des Kreiskuriers schon angedeutet habe, und wahrscheinlich sehr viele andere AfD-Mitglieder ebenso schon geahnt haben, gestaltet sich die Arbeit der neuen „Großen Koalition“ schon jetzt als schwierig. Seltsamerweise konstatieren nun zahlreiche Politiker, Vertreter von SPD und CDU, in welchen Bereichen unserer Gesellschaft und unserem Staatswesen es schlimm steht:

Eine Bundeswehr, nahezu komplett kaputt gespart und in vielen Bereichen vernachlässigt, wird von den eigentlichen Verantwortlichen plötzlich als Sanierungsfall erkannt. Verteidigungsministerium unter Leitung der CDU seit etlichen Legislaturperioden.

Rechtsfreie Räume, Großstädte, in denen das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr durchzusetzen ist (wie es die AfD bzw. unsere Mitglieder schon seit Jahren festgestellt haben), werden von Vertretern der neuen, alten Regierung auf einmal erkannt. Innenministerium unter Leitung der CDU seit etlichen Legislaturperioden.

In allen Bereichen des Justiz- und Vollzugswesen fehlen tausende von Stellen, Gerichtsverfahren über Gerichtsverfahren finden in Ermangelung von Personal und Überlastung kaum statt. Auf einmal fällt auch Justizministern der SPD auf, was in den letzten Jahrzehnten von ihrer fatalen Politik auf den Weg gebracht wurde. Justizministerium unter Leitung der SPD seit etlichen Legislaturperioden.

Investionen in Infrastruktur, Verkehrswege, Brücken und auch in sinnvolle Bahnprojekte zum Güterverkehr wurden seit Jahren verschleppt oder als nicht bezahlbar abgetan. Nun soll dies mit Elan aufgearbeitet werden, von dem selben Minister der CSU. Verkehrsministerium unter Leitung der CSU seit etlichen Legislaturperioden.

Die Reihe ließe sich leider weiterführen. Dies alles wird ohne jedes Verantwortungsgefühl und Konsequenz öffentlich hingenommen. Wo sind da die kritischen Medien, die nachfragen, warum dies in den letzten Legislaturperioden nicht geändert wurde bzw. überhaupt sich so entwickeln durfte?

Machen wir uns dies ganz klar: Die öffentlich geäußerten Erkenntnisse sind nur Nebelkerzen, die am Anfang geworfen werden, um die Noch-Wähler der Altparteien bei Laune zu halten. Sie werden verpuffen. Es ist offensichtlich, dass sich gerade die CSU und angebliche Merkel-Kritiker in der CDU vor den Landtagswahlen in Bayern um die Gunst und Stimme der Vernünftigen in diesem Land bemühen.

Bestes, nein, leider schlimmes Beispiel:
Ein neuer Innenminister, vorher lange Mininsterpräsident in Bayern, kündigt an, dass es zu mehr und schnelleren Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern kommen soll. Leider wird dabei nicht erklärt, wie es in Bayern lange nicht zu genügend Abschiebungen kam. Es wird auch nicht erwähnt, wie ein Bundesminister in die Belange eines Landes hineinwirken will. Alles nur Nebelkerzen!

Lassen wir uns nicht davon blenden, es wird leider nichts besser unter dieser neuen, alten Regierung. Es bleibt nur eine Alternative!

Im Namen des Vorstands
Ihr
Achim Hausen
Stellvertretender Sprecher der AfD Breisgau-Hochschwarzwald

Titelgeschichte

Quo vadis, AfD? Wohin gehst Du, AfD? 4

Aus dem Kreisverband

Bericht Mitgliederversammlung..... 6

Vorstellung Kreisvorstand..... 8

Alternatives Treffen..... 9

Auch Politik und Justiz müssen moralisch-ethischen Grundsätzen folgen.....10

Vorstandswahlen des Doppelortsverbands March-Umkirch.....10

Wohlfeile SPD-“Mahnwache gegen Faschismus“ 11

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 30. April 2018!

Alternative für Deutschland
Kreisverband
Breisgau-Hochschwarzwald
Postfach 1305
79391 Neuenburg
info@afd-bh.de

Impressum:
V.i.S.d.P.: Achim Hausen
Redaktion: Achim Hausen,
Harald Kraus, Bertram Perathoner
Bildnachweise: privat

AfD KV Breisgau-Hochschwarzwald
Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau
IBAN: DE39 6805 0101 0013 3033 78
BIC: FRSPDE66XXX
Verwendungszweck 1: Name, Vorname, Adresse
Verwendungszweck 2: Wahlkampfspende

Quo vadis, AfD?

Wohin gehst Du, AfD?

Von Harald Kraus
Kreisvorstandsmitglied der AfD Breisgau-Hochschwarzwald

Wer hätte das gedacht – gerade einmal fünf Jahre jung und in vierzehn, demnächst allen Landtagen sowie im Bundestag mit über 90 Abgeordneten vertreten. **Die Alternative für Deutschland!**

Spätestens die Bundestagswahl im September 2017 hat eine Repräsentations- und Integrationskrise offengelegt, wie sie in Nachkriegsdeutschland noch nie zu beobachten war.

Noch 1976 stimmten 91,2 Prozent der Wähler für CDU oder SPD. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 53,5 Prozent und selbst regierungsfreundliche Wahlumfragen gehen derzeit davon aus, dass die (noch) Volkspartei CDU und die Restbestände der einst so stolzen SPD, zusammen keine 50 Prozent der Wählerstimmen erhalten würden.

Wie konnte das geschehen?

Es ist ganz bestimmt nicht meine Aufgabe als Vorstandsmitglied der AfD Breisgau-Hochschwarzwald die Abgewirtschafteten dahingehend aufzuklären, was sie alles falsch gemacht haben. Es bietet sich viel mehr die gute Gelegenheit den Blick nach vorne zu richten, auf was die AfD achten sollte, damit sie nach einer Übergangszeit in der Opposition, welche erfrischend und mutig der jeweiligen Regierung widerspricht, ihre Vorstellungen von einem besseren Deutschland mit der Übernahme der Regierungsverantwortung umsetzt.

Angela Merkel tritt kräftig ramponiert ihre letzten Amtsjahre als Kanzlerin an. Unter ihrer Ägide als Parteivorsitzende der CDU kollabiert diese sozialdemokratisierte Partei unaufhaltsam weiter. Merkel vor allem, hat es in facto fertig gebracht, das rechts von der nach links abgewanderten CDU (einschließlich dem Seehofer Ableger) viel Platz für eine ständig wachsende Bürgerbewegung geworden ist, welche in der AfD ihre politische Heimat gefunden hat. Eine patriotische AfD mit konservativer Plattform und sozialen Leitgedanken ist auf dem guten Weg zu einer echten Volkspartei!

Die selbstkritische Frage jedoch, wie man dieses Ziel erreicht, hat in diesem Zusammenhang durchaus seine Berechtigung. Das nämlich, verehrter Leser, hat in der CDU, welche ich nach 45 Jahren verlassen habe, in den letzten Jahren nicht mehr stattgefunden. Die große Vorsitzende gab vor (Atomausstieg, EU-Rettung, Einwanderungskrise) und alle, alle nickten ab. Egal ob in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition, einvernehmlich, brav und gefügig. Schließlich wollte man nicht unangenehm auffallen, vielleicht noch etwas werden oder glaubte gar naiv, dass die damit zusammenhängenden desaströsen Entwicklungen andere treffen. Ganz schön kurzsichtig, egoistisch und obendrein auch noch dumm, wie ich gerne und in diesem Zusammenhang attestiere.

Nur sehr wenige traten mutig auf, stellten kritische Fragen und wurden sodann politisch ins Abseits gestellt. Namen wie Erika Steinbach, Wolfgang Bosbach oder Franz-Josef Strauß, nein letzterer musste das nicht mehr erleben, stehen stellvertretend für viele, welche ihre politische Heimat verloren haben.

Kommen wir zu den einst erfolgsverwöhnten Sozialdemokraten, der ältesten, demokratischen Partei in Deutschland. Ihr Abstieg begann mit dem Aufstieg der Grünen in den achtziger Jahren. Damals begleitet mit verbalen Kraftausdrücken, wie die des Bundestagsabgeordneten und späteren Außenministers Joschka Fischer zum damaligen Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen (CSU) gewandt: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“

Ach ja, da war noch einer. Dieser Zeitgenosse hieß Ludger Volmer und war seinerzeit Sprecher der Grünen im Bundestag. Er schleuderte in Richtung Bundeskanzler Helmut Kohl den Satz: „Wir werden den Kanzler jagen."

Als Alexander Gauland am Abend der Bundestagswahl genau diese Worte in die Mikrofone sprach, war der Aufschrei der Empörung am nächsten Tag unüberhörbar. Hatte er doch lediglich den Satz ausgesprochen, welchen zuvor ein Grüner, freilich ohne Erregung öffentlicher Verärgerung, so sagte.

Jedenfalls konnte man diesen Zusammenhang in den Leitmedien weder nachlesen noch hören.

Doch zurück zur SPD. Den zweiten Aderlass an Wählern musste diese einst 40 Prozent Partei über sich ergehen lassen, als die SED-PDS-LINKE (Reihenfolge ist korrekt) anfing, ehemalige Wähler der SPD (Hartz IV lässt gleichfalls grüßen) aufzufangen.

Kann das, was CDU und SPD widerfahren ist auch der AfD passieren – oder gelingt es uns mit dem Anspruch Volkspartei zu werden, auf einer breiten Plattform divergierende Kräfte zu vereinen? Eine mehr als berechtigte Frage, über die wir, anders als in der CDU oder SPD, vorbehaltlos sprechen sollten.

Bisher jedenfalls hat unsere junge Partei, allen Unkenrufen zum Trotz, ihre Geburtswehen erstaunlich gut überstanden. Das Personal gewinnt in zunehmenden Maß an Format und schaut couragiert in die Hinterzimmer einer etablierten und zunehmend dekadenten Gesellschaft. So aufgestellt füllen wir AfD`ler die immer größer werdenden Lücken im Parteienspektrum der Republik erfolgreich aus. Dazu gehört ein klares Familienbild, eine Sozialpolitik, welche diesen Namen verdient, Sicherheit und Wohlstand im Alter, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Islam ohne Meinungsschleier und vieles andere mehr.

Hinzu kommt, dass der Nürnberger Trichter, gemeint sind große Teile der Leitmedien, nicht mehr so funktioniert wie das einst der Fall war. Die Menschen im Land sind hellhörig geworden, fragen nach und können sich, dank der sozialen Medien, objektiv erkundigen.

Quo vadis, AfD?
Fundamentalopposition oder Koalitionsfähigkeit!

Ersteres ist meines Erachtens für die nächsten Jahre, mit Blick auf die voraussichtliche Wahlperiode im Bundestag oder den Landtagen, vorgegeben. Doch wenn man erfolgreich Politik machen will, das heißt in erster Linie politisch gestalten möchte (siehe Österreich), muss man mehr daraus machen. Die Kunst besteht sodann und vermutlich darin, dass man dabei seine parteipolitische Seele nicht verliert.

Despektierlich gefragt: Etliche von uns sind davon überzeugt, dass unsere Partei für einen nicht unerheblichen Teil unseres Volkes spricht. Hört man jedoch unvoreingenommen ins Volk hinein, halten uns viele für zu radikal und lehnen die AfD als Option ab.

Sicherlich auch ein Ergebnis des bereits angesprochenen Nürnberger Trichters (Medien) aber auch, wiederum selbstkritisch fragend, möglicherweise deshalb, weil gewisse Leute diese Mechanismen nicht durchschauen und Journalisten immer wieder auf den Leim gehen, wie man so schön sagt.

Von diesen Menschen wurde und wird auch künftig mit zweierlei Maß gemessen, aber Provokationen werden auch gehört und führen nicht selten zum erhofften Erfolg.

Auf Dauer, liebe Freunde, davon bin ich überzeugt, werden wir Regierungsverantwortung im Bund, in den Ländern oder in unseren kommunalen Körperschaften übernehmen müssen, wenn wir politisch gestalten wollen. Der Weg dorthin ist steinig und strapaziös. Lassen sie ihn uns gemeinsam gehen!

Eines Tages rücken vermutlich die aktuellen Tagesthemen wie Flüchtlings- und Migrationspolitik in den Hintergrund oder man hat sich daran gewöhnt, bevor wir Verantwortung ausüben können. Andere Anforderungen und Themen werden im Fokus der Politik stehen, auf die wir Antworten geben müssen, um als Volkspartei in der demokratischen Auseinandersetzung dauerhaft bestehen zu können.

Deutschland hat es verdient!

Bericht Mitgliederversammlung

Von Harald Kraus
Kreisvorstandsmitglied der AfD Breisgau-Hochschwarzwald

Annähernd dreißig Mitglieder haben am 08.03.2018 den Weg in den Schwarzwald nach Löffingen gefunden. Leider war unser stellvertretender Sprecher Achim Hausen kurzfristig erkrankt und konnte daher nicht an der Versammlung teilnehmen. So oblag es mir als Kreisvorstandsmitglied die Versammlung zu eröffnen.

Nach der Begrüßung wurde ein Brief von Achim Hausen vollinhaltlich verlesen, wonach die Tagesordnung ergänzt wurde (Wahl Versammlungsleiter) und ein Tagesordnungspunkt wegfiel (Satzungsänderungen).

Letzteres war auf der Erkenntnis geschultert, dass kein anderer als der stellvertretende Bundessprecher unserer Partei, **Albrecht Glaser**, dem die alte wie auch neue Satzung zwecks Durchsicht vorgelegt wurde, eine ganze Reihe von Punkten beanstandete, welche insbesondere in der alten, nie fortgeschriebenen Satzung zu finden sind. Aus diesem Grund hat sich der Vorstand dazu entschlossen, die gesamte Satzung vollkommen zu überarbeiten und in einer der nächsten Mitgliederversammlungen auf die Agenda zu setzen.

Freundlicherweise haben sich unsere Mitglieder **Michael Fister** bereit erklärt als Versammlungsleiter und **Patrick Banholzer** als Protokollführer zur Verfügung zu stehen. Beide wurden einstimmig gewählt.

Harald Kraus berichtet über die Vorstandarbeit

Sodann oblag es mir über die Vorstandsarbeit zu berichten. Diese Informationen möchte ich in der gebotenen Kürze wiedergeben.

Der Berichtszeitraum umfasste das vergangene Jahr, also vom März 2017 bis März 2018.

Nach dem überraschenden Rücktritt von **Volker Kempf** als Sprecher wurde in einer einberufenen Mitgliederversammlung der Vorstand teilweise neu gewählt. **Dr. Wolfgang Ott** zum Sprecher und **Uwe Engmann** als Beisitzer gewählt.

Schwerpunkt der anstehenden Arbeit war zunächst die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl im September 2017. Da unser Landkreis keinen eigenen Wahlkreis hat, sondern in drei Wahlkreise (Waldshut, Lörrach-Müllheim und Freiburg) aufgeteilt ist, musste man diesen erschwerenden Umstand berücksichtigen.

Stichwortartig seien genannt: Mitarbeit in den Wahlkampfkommissionen, Teilnahme an Sitzungen des Landeswahlleiters, Organisation von Plakattrupps, Druck und Verteilung von Flyern, Vorbereitung und Durchführung von Wahlveranstaltungen sowie Infoständen, Schaltung von Anzeigen in den Print Medien, Aufstellung eines Budget, Verfassen von Pressemitteilungen, Überarbeitung und Neugestaltung unserer Homepage bzw. Facebook, Verfassen von Spendenbriefen, Entsendung von Wahlauszählungsbeobachtern und vieles andere mehr.

Martina Böswald trat für den Wahlkreis Waldshut, **Wolfgang Fuhl** für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim und **Volker Kempf** für den Wahlkreis Freiburg an. Über die erzielten Ergebnisse wurde im **Kreiskurier der AfD Breisgau-Hochschwarzwald** bereits ausführlich berichtet.

Nach den Wahlen trat unser Sprecher **Dr. Wolfgang Ott** aus verständlichem und nachvollziehbarem Grund (Familienangelegenheit) zurück.

Ab Oktober 2017 beschäftigte sich der Vorstand schwerpunktmäßig mit der Professionalisierung der Parteiarbeit. Ein sehr umfangreiches Arbeitsfeld, wie sich herausstellte. Dazu gehört beispielsweise die Erfassung von Arbeitsabläufen in der Vorstandsarbeit (Organigramm/Zuordnung), Anträge an den Landesparteitag, Aufarbeitung von säumigen Mitgliedern, Aufstellung und Einhaltung eines Budget, Herausgabe des Kreiskuriers, Vorbereitung einer AfD Zeitung (klassisch und/oder online), Zusammenarbeit des Kreisvorstands/Kreisräte, Vorbereitung der Kreistagswahlen 2019, Lagerhaltung, Gespräche mit Landesvorstandsmitgliedern, Vorbereitung von halbjährlichen Events mit bekannten AfD Politikern und anderes mehr.

Insgesamt fanden im erwähnten Zeitraum zehn Vorstandssitzungen und eine ganze Reihe von weiteren Treffen statt.

Die Vorstandschaft hat im vergangen Jahr vieles aufgearbeitet und Neues auf den Weg gebracht. Die Zusammenarbeit verlief harmonisch und war von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Dafür danke ich allen daran Beteiligten.

Diesem Bericht schloss sich eine Aussprache an, bevor unser Schatzmeister **Bertram Perathoner** die Finanzlage des Kreisverbands sehr anschaulich erläuterte. Dank der Aufstellung eines Budget und der konsequenten Umsetzung konnte er nur erfreuliches berichten.

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Frühsommer 2019 war nächster Tagesordnungspunkt. Der Kreisvorstand hat mich hierfür als Koordinator beauftragt. Anschaulich wurden sodann die damit zusammenhängenden Arbeitsschwerpunkte dargestellt und erläutert. Aus dem Kreisvorstand, den beiden Kreisräten sowie Obmännern für zehn Wahlkreise im Landkreis, wurde ein **Arbeitskreis Vorbereitung Kreistagswahlen** ins Leben gerufen und hierzu ein vom Koordinator zusammen getragenes Handbuch dem genannten Personenkreis zur Verfügung gestellt. Die nächste Arbeitskreissitzung Vorbereitung Kreistagswahlen findet Ende April statt. Darüber wird im Kreiskurier berichtet.

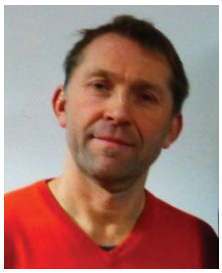
Zahlreiche Mitglieder folgten den Ausführungen zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten

Patrick Banholzer wurde vom Vorstand damit beauftragt, die Arbeit des selbigen zu analysieren und effizient auszurichten. Im Rahmen seines aufschlussreichen Vortrages wurden die Schwerpunkte erläutert und sehr ansehnlich dargestellt. Darauf aufbauend hat der amtierende Vorstand Zuständigkeiten aufgeteilt bzw. zugeordnet. Eine wertvolle und sinnvolle Arbeitsteilung ist das erzielte Ergebnis (Siehe hierzu bereits veröffentlichte Beiträge im Kreiskurier).

Danach berichteten **Volker Kempf** und **Gerhard Just** über ihre Tätigkeiten im Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald. Dort wird der Schwerpunkt der Arbeit in verschiedenen Ausschüssen geleistet. Volker Kempf gehört insgesamt sieben Ausschüssen und Gerhard Just einem Ausschuss an. Den Ausführungen schloss sich eine Aussprache an.

Sodann wurden noch anstehende Veranstaltungen angekündigt, bevor die Mitgliederversammlung mit der kurzen Vorstellung weiterer Strategieziele und Diskussion hierüber, gegen 22.00 Uhr vom Versammlungsleiter **Michael Fister** geschlossen wurde.

Vorstellung Kreisvorstand



Achim Hausen

Mein Name ist Achim Hausen, ich bin Jahrgang 1967 und Mitglied der AfD seit September 2013. Seit einigen Jahren bin ich Mitglied im Vorstand des Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald, sowie Sprecher des Doppel-Ortsverbands March-Umkirch.

Mein Entschluss in die AfD einzutreten fiel im Jahr 2013, als es mutigen Menschen gelungen war, eine Partei zu gründen, die gegen den Euro-Rettungswahnsinn und die fatale Finanz- und Währungspolitik damals und noch immer antritt. Aber schon in den Anfangsjahren war ersichtlich, dass die Menschen in der AfD, so wie ich, viele andere schlimme Entwicklungen in unserem Land thematisierten und für eine andere Politik einstehen.

Schwerpunkte:

Neben zahlreichen anderen fatalen Entwicklungen in Deutschland, verursacht von den Altparteien, beschäftigt mich die Einwanderungs- und Integrationspolitik, die seit Jahrzenten an der Wirklichkeit vorbeiläuft. Ein weiterer zentraler Punkt für mein Engagement ist die besorgniserregende Bildungspolitik auf Bundes- und Landesebene, die sich in den immer schlechter werdenden Leistungen der Schüler und den weiterhin ideologischen Bildungsplänen zeigt.

Zum Beispiel engagiere ich mich in meinem Wohnort March gegen die Pläne des CDU Bürgermeisters und Teilen des Gemeinderats, die den gut funktionierenden Grundschulen die Eigenständigkeit nehmen und diese der Gemeinschaftsschule, einem bildungspolitischen Prestige- und Ideologieprojekt der Grünen, zuschlagen möchte. Zentralisieren, Vereinheitlichen und Entmündigen wird hier gegen Eigenverantwortlichkeit, Eigenständigkeit und schließlich Bürger/Schülernähe versucht von nahezu allen im Gemeinderat vertretenen Altparteien durchzusetzen.

Frank Uwe Engmann

Mein Name ist Frank Uwe Engmann, ich bin 56 Jahre alt und Vater zweier Töchter sowie Opa von zwei süßen Enkelkindern. Seit zwei Jahren bin ich Beisitzer im Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald und habe mich hier, gerade bei der Bundestagswahl 2017, intensiv eingebracht.

Mitglied der AfD bin ich bereits seit dem 20.01.2015. Warum wurde ich Mitglied? Vier Tage vor dem Mauerfall bin ich mit meiner Familie, meine Kinder waren damals 1 und 4 Jahre alt, über die Grenze der Tschechoslowakei geflohen. Diesem Schritt sind lange Überlegungen voraus gegangen. Auf keinen Fall sollte meinen Kindern und meiner Frau ein Leid geschehen.

In Baden-Württemberg angekommen, hatte ich nach einer Woche Arbeit und wir haben begonnen uns einzuleben. Hier schien die Welt für uns in Ordnung. Kein totalitäres Regime mehr, Meinungsfreiheit und der Tüchtige konnte alles aus seinem Leben machen was er wollte.

Dann kam Merkel und alles veränderte sich. Die politisch liberal konservative Mitte löste sich auf. Die Altparteien drängten an den linken Rand, den sie sich heute mit den Linken und Grünen teilen. Die verbrecherische Entscheidung Merkels die Grenzen für den unkontrollierten Einmarsch von Wirtschaftsflüchtlingen zu öffnen, war für mich der Ausschlag der AfD beizutreten.

So kann es mit Deutschland nicht weitergehen.

Mit unserer Arbeit rücken wir in das derzeitige Vakuum der politisch, liberal konservativen Mitte. Wir kümmern uns um die Belange der deutschen Bevölkerung und deren Werte und Traditionen. Um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen, werde ich mich auch weiter aktiv in der AfD engagieren.

Vorstellung Kreisvorstand

Christiane Meindl

Ich heiße Christiane Meindl und habe nach meiner Ausbildung im Hotelfach bis zum Tode meines Mannes selbständig Lokale betrieben und arbeite heute als selbständige Gästeführerin für Weintouren im Kaiserstuhl.

2013 bin ich Mitglied der AfD geworden, mit dem Ziel, daran mitzuarbeiten, dass es den Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, möglich ist, ein Rentnerdasein ohne finanzielle Sorgen zu leben.

Wir sind ein ländlich geprägtes Land, darum ist es mir wichtig, dass in der Landwirtschaft die Erzeuger ein auskömmliches Einkommen ohne Massentierhaltung erzielen. In unserem Grundsatzprogrammm stehen alle Dinge, die für mich ausschlaggebend waren, mich in der AfD zu engagieren.

Mut zur Wahrheit, auch wenn es den Altparteien nicht gefällt.....wir legen den Finger in die Wunde.

Wenn auch sie mit den momentanen Zuständen in unserem Land nicht mehr zufrieden sind, unterstützen sie uns und seien sie dabei, damit wir wieder ein sicheres Leben führen können.

Anmerkung der Redaktion:
Der zweite Teil mit den restlichen Vorstellungen des Kreisvorstands wird in der nächsten Ausgabe des Kreiskuriers veröffentlicht.

Alternatives Treffen des AfD Verbunds Breisgau Süd / Markgräflerland

Liebe Freunde,

an jedem 1. Donnerstag im Monat findet das Alternative Treffen unseres Verbunds in Neuenburg im Neuenburger Hof, Bahnhofstr. 8, um 19:30 Uhr statt.

Am Donnerstag, den 3. Mai 2018 spricht unser Kreisrat Gerhard Just zu Ihnen. Anschließend besteht Gelegenheit zur Aussprache. Gerhard Just wird sich vorstellen und einiges zu seiner politischen Vergangenheit sagen. Er schildert sodann den Werdegang, wie er Kreisrat unseres schönen Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald wurde. Mit Blick auf die anstehenden Kreistagswahlen in 2019 sicherlich ein überaus interessantes Thema.

Sodann berichtet Gerhard Just aus seiner aktuellen Arbeit im Kreistag. Angesichts der Tatsache, dass die AfD dort bisher lediglich zwei Räte stellt, sicherlich keine leichte Aufgabe. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, das und vieles andere zu ändern. Seine anschaulichen Schilderungen aus der praktischen Arbeit im Kreistag und den Ausschüssen runden den aktuellen Vortrag ab. Wir dürfen gespannt darauf sein!

Mit freundlichen Grüßen
Harald Kraus, Sprecher Verbund Breisgau-Süd / Markgräflerland

Auch Politik und Justiz müssen moralisch-ethischen Grundsätzen folgen

Von Dr. med. Wolfgang Ott
Mitglied der AfD Breisgau-Hochschwarzwald und ehemaliger Sprecher des Kreisvorstands

Zweifelsfrei haben die Polizeibeamten in Schleswig-Holstein als auch die Richter am Oberlandesgericht Schleswig ihre Pflicht erfüllt, bzw. Recht gesprochen. Ebenso zweifelsfrei muss die Gewaltenteilung, und damit die Unabhängigkeit unserer Gerichte gewahrt bleiben.

So hat das Oberlandesgericht Schleswig mit Recht nach unserem deutschen Verständnis der Demokratie die Anklage der Rebellion gegen Carles Puigdemont als von vornherein unzulässig abgewehrt. Dadurch wurde der katalanische Ex-Präsident vor einer drakonischen Haftstrafe von bis zu 30 Jahren bewahrt.

Entgegen spanischer Rechtsgepflogenheiten hat das Oberlandesgericht sehr wohl den Umstand gewürdigt, dass ein demokratisch gewählter Repräsentant in Ausübung seines politischen Auftrages weder den Vorwurf der Rebellion noch des Hochverrates erfüllt. Neben der Pflicht zur Rechtsprechung haben die Richter des Oberlandesgerichts Schleswig auch die unserer Rechtsprechung zu Grunde liegenden geschichtlichen wie auch ethischen Grundsätze angemessen beachtet.

Leider hat unsere Bundesregierung in der uns bekannten „Merkelschen“ Entscheidungslust von vornherein eine Stellungnahme verweigert.

Wie sehr hätten wir uns gewünscht, Gewissheit zu haben, welche Position unsere Regierung und damit Deutschland im Umgang mit der freien Meinungsäußerung vertritt. Einerseits fehlt weiterhin die Klarheit im Umgang mit rechtswidrig sich in unserem Land aufhaltenden Menschen in weiterhin unklarer Anzahl. Die gesetzlich klaren Abschiebungsmodalitäten werden uneinheitlich beurteilt bzw. gerechtfertigte Abschiebungen verzögert oder nicht durchgeführt.

Die mögliche Abschiebung von Carles Puigdemont in eine mögliche 30-jährige Haftstrafe wegen einer von der spanischen Zentralregierung ungeliebten Wahrnehmung politischer Verantwortung, hätte zumindest moralisch-ethisch den Ausdruck von Protest und Unverständnis erfordert!

Hier hat unsere Regierung moralisch versagt, zugunsten eines Stillschweigens im Sinne eines „EU-kompatiblen“ Mainstreams. Ein politisch geeintes Europa um jeden Preis scheint Frau Merkel und den Regierungsparteien wichtiger zu sein als die Bewahrung historisch-demokratischer Werte, wie z.B. der freien Meinungsäußerung.

Die Frage sei erlaubt, wohin uns dieser Weg führt.

Vorstandswahlen des Doppelortsverbands March-Umkirch

Am Freitag, den 13.04.2018 wurde in March-Hugstetten die turnusmäßige Neuwahl des Vorstands (früher Sprecher) des Doppelortsverbands March-Umkirch in einer Mitgliederversammung abgehalten. Bestätigt in der Funktion der beiden Vorsitzenden wurden Rozalia Hoffmann und Achim Hausen. Als stellvertretende Vorsitzende wurde Anita Karstens gewählt. Herzlichen Glückwunsch an die neuen, alten Vorsitzenden! Herzlich Willkommen im Vorstand an Frau Karstens!

Die Ziele des neuen Vorstands wurden folgendermaßen umschrieben: Es soll wieder ein regelmäßiger Stammtisch, abwechselnd in March und Umkirch stattfinden. Die Werbung von Mitgliedern soll intensiviert werden und die Präsenz der AfD in den beiden Gemeinden muss erhöht werden. Für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr werden auch vom Doppelortsverband die Vorbereitungen vorangetrieben. Eine Erhöhung der Wählerstimmenzahl bei einer gleichzeitig verstärkten Kandidatenliste ist das Ziel für die Kommunalwahlen.

Wohlfeile SPD-“Mahnwache gegen Faschismus“

Von Harald Noth
Harald Noth ist seit April 2013 Mitglied der AfD. Knapp 20 Jahre war er einer der Autoren der alemannischen Spalte „Lueginsland“ der Badischen Zeitung, wurde aber 2016 aus politischen Gründen gekündigt. Er betreibt nun selbständig den Internet-Blog „LUEG INS LAND ohne Scheuklappen“ unter www.noth.net/lueginsland/blog.htm

Am 23. 3. 2018 hielt die SPD in Ihringen eine „Mahnwache gegen Faschismus“ ab und gedachte der letzten freien Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels vor genau 85 Jahren im Deutschen Reichstag.

Freie Rede? Wegen der Verfolgungen durch die Nationalsozialisten konnten nur noch 94 SPD-Abgeordnete im Reichstag anwesend sein - eine Zahl, die in der deutschen Geschichte noch einmal auftauchen sollte.

Bei der Mahnwache in Ihringen wurde ein Quiz veranstaltet, bei dem Zitate vorgelesen wurden und man raten sollten, von wem sie stammen - von der NSDAP oder von der AfD. Anscheinend war die Lösung immer schwierig. „Die Teilnehmer zeigten sich sehr erschüttert, dass sich die dunkle Seite der Geschichte Deutschlands zu wiederholen droht“, vermeldet ein Beitrag im Rebland-Kurier.

Wenige Tage vorher hatte die BILD-Zeitung einen ähnlich demagogischen Mumpitz aufgeführt, als sie dem Barden Heino vorwarf, SS-Lieder auf einer seiner LPs zu haben, die er einer CDU-Politikerin schenkte. Dazu gehört das Lied „Wenn alle untreu werden“ von 1814, das laut FAZ „nicht nur von der SS, sondern auch vom NS-Widerstand gesungen wurde“ (und damit möglicherweise auch von Sozialdemokraten).

Was auf der SPD-Mahnwache leider nicht geschah, ist eine ernsthafte Betrachtung der mutigen Rede von Otto Wels. Der führende SPD-Mann beginnt am 23. 3. 1933 im Reichstag damit, dass er „Herrn Reichskanzler“, also Adolf Hitler, zwei Mal recht gibt, und zwar zuerst bei dessen „außerpolitischer Forderung deutscher Gleichberechtigung“. Dabei betont Wels, dass er „als erster Deutscher vor einem internationalen Forum (...) der Unwahrheit von der Schuld der Deutschen am Ausbruch des Weltkriegs entgegengetreten“ ist.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Würde heute jemand von der AfD dasselbe sagen, fänden sich genug SPDler und Medien, die ihn des Revanchismus, des Geschichtsrevisionismus, wenn nicht des „Nazitums“ bezichtigten.

Wels weiter: „Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.“

„Gerechte Forderungen der deutschen Nation“ könnte sowohl aus einer nationalsozialistischen Verlautbarung als auch aus einem AfD-Programm abgeschrieben sein, ist hier aber vom führenden SPD-Mann.

Dann zitiert Otto Wels sogar einen Satz des „Herrn Reichskanzlers“ aus dessen kurz zuvor gehaltener Rede in Potsdam wörtlich und sagt, „wir unterschreiben“ (!) diesen Satz. Ob auch dieser von Wels „unterschriebene“ Satz Hitlers in Ihringen Bestandteil vom Quiz war?

In seiner Rede versucht der SPD-Vorsitzende auch, den Nationalsozialisten klar zu machen, was eine „wirkliche Volksgemeinschaft“ ist. „Volksgemeinschaft“ ist bekanntlich ein Markenzeichen der NSDAP und für Wels offenbar nicht von vorneherein abwegig, er erläutert: „Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht.“

Dann führt er im Bezug auf die damaligen heftigen politischen Kämpfe zwischen Rechts und Links aus: „Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht und wenn man es unterlässt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei."

Dieser Satz von Wels könnte wörtlich aus einer Rede der AfD in einem Parlament oder auf einer Mahnwache stammen. Heute sind es Regierungen meist mit SPD-Führung oder Beteiligung, die ein oder zwei Augen zudrücken, wenn linke „Aktivisten" Demonstrationen und Parteitage Andersdenkender zu verhindern suchen oder verhindern, wie zuletzt die Frauendemonstration am 17. Februar 2018 im rot-rot-grün regierten Berlin. (Die von einer Kurdin organisierte und von Linksextremen blockierte Demonstration hatte sich gegen die Übergriffe von Asylbewerbern auf Frauen gerichtet.)

Gegen angebliche oder wirkliche rechtsextreme Aktivitäten reagiert der Staat mit aller Härte. Wenn linke Gewalttäter ganze Stadtviertel brandschatzen, ist das von Politikern und Medien des linken Spektrums schnell vergessen und verziehen, die organisierenden Zentren wie in Berlin, Hamburg, Leipzig, Freiburg und anderswo - so etwa die „Rote Flora" - werden nicht angetastet, sondern erhalten über Programme „gegen Rassismus", „gegen Rechts" usw. indirekt sogar staatliche Gelder.

Trotz erheblichen, von der Polizei kaum verfolgten Behinderungen der Wahlkämpfe der AfD, trotz in vielen Medien erfolgten Verleumdungen gelang es der Partei, in verschiedene Landtage einzuziehen und schließlich mit der symbolträchtigen Zahl von 94 Abgeordneten in den Bundestag zu kommen.

Sabine Wölfle, für die SPD im Stuttgarter Landtag, verstieg sich laut Bericht im Rebland-Kurier in Ihringen zu der Behauptung über die AfD-Landtagsfraktion: „Es wird nicht gearbeitet sondern gehetzt." Sie beklagt, der Zuschauer der Nachrichten bekäme das gar nicht mit. Eben. Die meisten Medien blenden die umfangreiche Arbeit der AfD weitgehend aus und berichten fast nur über angebliche oder wirkliche Querelen in der Fraktion. Sowohl im Bundestag als auch in Landtagen schmettern die Altparteien Anträge der AfD grundsätzlich ab.

Interessant hier das Angebot von Otto Wels an die Partei Hitlers: „Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie bräuchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiss. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder der Mittelklasse gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität."

Für den damaligen SPD-Vorsitzenden ist es also nicht prinzipiell unmöglich, einem NSDAP-Antrag zuzustimmen und zur Annahme zu verhelfen, wenn er nur inhaltlich in Ordnung ist. In den heutigen Parlamenten werden selbst solche Anträge der AfD grundsätzlich abgelehnt, die zuvor fast wortgleich einmal von einer Altpartei gestellt worden waren.

Die letzte Rede von Otto Wels im Reichstag war in der Tat mutig, hier muss man der SPD-Mahnwache in Ihringen recht geben. Das gemeinsame Einschlagen der Altparteien auf die AfD, begleitet von vielen Medien, ist dagegen wohlfeil. Die mutigsten unter den heutigen Sozialdemokraten sind inzwischen der AfD beigetreten und fürchten eben diese Schläge nicht. Sie sind auch in AfD-Fraktionen in Landtagen und im Bundestag vertreten. Sie schätzen, dass der kleine Mann heute von der AfD vertreten wird, während die SPD nur noch die Funktionäre der Asyl- und Sozialindustrie vertritt.

Die Umfragewerte der SPD befinden sich seit der Öffnung der Grenzen durch Merkel und das wohlwollende Zuschauen der SPD im freien Fall. Der Wähler will Schutz vor Kriminalität, sichere Renten, reparierte Straßen und Schuldächer und und und. Von Agitation „gegen Rechts" wird er nicht satt.

Anmerkung der Redaktion:
Den Bericht „Mahnwache gegen Faschismus", veröffentlicht im Reblandkurier vom 28.03.2018, finden Sie auf der nächsten Seite.

Mahnwache gegen Faschismus

Etwa 70 Teilnehmer folgten der Einladung der SPD in Ihringen / Appell gegen rechtsradikale Tendenzen

Ihringen. Am 23. März 1933 hielt der Sozialdemokrat Otto Wels mit großem Mut und sehr viel Rückgrat die letzte halbwegs freie Rede im Reichstag für die folgenden zwölf Jahre. Aus Anlass dieses Jahrestages lud die SPD in Ihringen zu einer Mahnwache gegen Faschismus am Synagogenplatz in Ihringen ein, der etwa 70 Teilnehmer folgten. Für die musikalischen Beiträge der Veranstaltung sorgte Mike Schäfer mit Songs aus der Zeit der Protestbewegung.

Birte Könnecke (links), Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald, erinnerte die zahlreich erschienen Bürgerinnen und Bürger an die Anfänge des Nationalsozialismus. Foto: esm

Birte Könnecke, Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald, forderte in ihrer Ansprache auf Flagge zu zeigen gegen Rechtsextremismus und Nazis. Nie wieder Faschismus müsse unser aller Ziel sein. Erich Kästner sagte 1958: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man muss den rollenden Schneeball bekämpfen, die Lawine hält keiner mehr auf." zitierte Birte Könnecke in ihrer Rede. Das gilt auch für die heutige Zeit im Auftreten gegen die AfD. Bei uns gibt es immer mehr Hass und Verleumdung in den sogenannten „sozialen Netzwerken", die von den populistischen Parteien geschürt werden. Allein im Jahr 2016 gab es über 700 rechtsmotivierte Straftaten gegen Mandatsträger. Einschüchterung hat System. So werden gezielt „gefühlte Wahrheiten" geschaffen, die Angst und Hass schüren und damit unser System schwächen.

Leider werde man heute für Lügen und Tabubrüche auch noch belohnt. Das bringe Aufmerksamkeit und Sendezeit, vor allem in Zeiten von Fake News und alternativen Fakten. Birte Könnecke betonte, dass Demokratie Arbeit erfordert. Sie besteht nicht automatisch und von selbst. Wir müssen etwas für sie tun.

Nach Birte Könnecke berichtete Sabine Wölfle, MdL für den Landkreis Emmendingen, eindrucksvoll und mit bewegenden Worten über die parlamentarischen Erfahrungen mit der AfD im Landtag Baden-Württemberg. Es gehe der AfD nie um die Sache, soziale Themen, Landwirtschaft oder Umwelt. Es geht immer nur um Rassismus und Ausgrenzung. Parlamentarische Regeln interessieren nicht. Überschreitungen der Redezeit, Beleidigungen und Zwischenrufe sind an der Tagesordnung und gehören zum täglichen Geschäft. Es wird nicht gearbeitet sondern gehetzt. Vieles davon bekommen die Zuschauer der Nachrichten nicht mit. Wer gedacht hat, der Spuk sei mit 1945 vorbei gewesen, der täuscht sich. Der rechte Rand ist immer da gewesen und jetzt mit der AfD stärker geworden. Schuld sind immer die anderen: 1933 waren es die Juden, nach dem Krieg die Flüchtlinge aus dem Osten, später die Russlanddeutschen und jetzt die Flüchtlinge. Das Wort „Jude" sei heute ein oft gehörtes Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen.

„Wir sind nicht das Volk, das die AfD immer für sich reklamiert. Wir Demokraten sind 85 Prozent der Deutschen", erklärte sie. So wie 1928 der Populismus und Rechtsextremismus hätte bekämpft werden müssen, so müsse die Bevölkerung heute dagegen auftreten, wenn es den Flächenbrand aufhalten wolle, der Europa zu überrollen drohe.

Zum Ende der Veranstaltung trugen Clara Heckmann, Kreiskassiererin, und Oswald Prucker, stellvertretender Kreisvorsitzender, Zitate in loser Reihenfolge vor aus Reden der NSDAP und aus Reden der AfD ohne zu sagen, aus welcher Zeit dieser Beitrag stammte. Die Teilnehmer sollten die Zitate selbst einordnen. Es war bei den meisten Zitaten kaum feststellbar, ob sie von der NSDAP oder von Mitgliedern der AfD stammten, so ähnlich waren sich die Aussagen.

Nach jedem Zitat erfolgte die Lösung, wer es gesagt hat, und die Teilnehmer zeigten sich sehr erschüttert, dass sich die dunkle Seite der Geschichte Deutschlands zu wiederholen droht. **Eckhard Schöneck**

Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den SPD Kreisverband!

Der AfD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald hat durch seinen stellvertretenden Sprecher Achim Hausen, im Namen des Vorstands und juristisch unterstützt von Frau Martina Böswald, bei der Staatsanwaltschaft Freiburg Strafanzeige wegen Volksverhetzung, § 130 Strafgesetzbuch gegen die SPD Breisgau-Hochschwarzwald, vertreten durch die Kreisvorsitzende, Frau Dr. Birte Könnecke und Herrn Dr. Oswald Prucker gestellt.

Immer wieder benutzen unter anderem SPD Politiker die Heranziehung und Gleichsetzung von tatsächlichen oder angeblichen Zitaten und Aussagen von AfD-Mitgliedern oder Wählern, ja eigentlich der gesamten Partei und deren Unterstützer, um diese mit der NSDAP in Verbindung zu bringen.

Mit großer Medienunterstützung wurde vor kurzem von den angezeigten Personen eine Mahnwache in Ihringen abgehalten, bei der es im Sinne § 130 Strafgesetzbuch zu einer Verleumdung und böswilligen Verächtlichmachung der AfD und ihrer Mitglieder kam. Es wurden in einem Zitate-Quiz Aussagen von Adolf Hitler und Joseph Goebbels mit willkürlich aus dem Zusammenhang gerissenen Aussagen von AfD-Politikern gleichgesetzt, siehe unter www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de/quiz/show/84/

Auch in zahlreichen anderen Artikeln (Badische Zeitung und Reblandkurier) und Äußerungen will die SPD, nicht nur auf Kreisebene, siehe Bundespolitiker wie Herrn Stegner von der SPD, Mitglieder und Wähler der AfD pauschal mit Nazis gleichsetzen: Zitat auf der Homepage der SPD: Die AfD ist ein Sammelbecken für Nazis!

Ziel der SPD und anderer Parteien ist es, AfD-Mitglieder und Wähler gesellschaftlich verächtlich zu machen, ihre Meinung und Ansichten in die Nähe von schlimmsten Nazi-Größen zu bringen. Ziel ist es, Menschen, die demokratische Grundrechte wahrnehmen, zu verleumden, auszugrenzen, ihre Existenz in beruflicher oder gar physischer Hinsicht zu gefährden.

Wir als AfD Breisgau Hochschwarzwald fordern schon lange ein Ende der argumentativ armseligen NAZI-Keule als hilfloses Mittel der politischen Auseinandersetzung. Auch wenn die Aussicht auf strafrechtliche Verfolgung seitens der Staatsanwaltschaft eher gering ist, müssen wir nicht nur dieses einzelne Zeichen setzen, sondern uns jederzeit und überall offensiv gegen diese Verleumdung, Aufstachelung zum Hass gegen Andersdenkende und die tatsächliche Spaltung der Gesellschaft durch diese Kräfte zur Wehr setzen. Schließen Sie sich dieser Anzeige an!